

Entwurf Pressemitteilung

Die Schließung von Grundschulstandorten falsches Signal

Schulpolitik ist für uns gleichzeitig auch Infrastrukturpolitik. Wir wollen, dass Lebensqualität auf dem Lande erhalten bleibt. Schulstandortschließungen bewirken aber das Gegenteil. Notwendige Infrastruktur wird nachhaltig zerstört. Was wird als nächstes gestrichen? Die Grundversorgung der kurzen Wege? Die ärztliche Versorgung? Alles Dinge, die besonders wichtig für eine älter werdende Bevölkerung sind. Wie entwickelt sich daraus resultierend der Wohnungsmarkt? Sinkt der Wert der Immobilien im Ort durch das Wegbrechen von Infrastruktur?

Das Wohl der Kinder - der Wunsch der Eltern - hohe Kosten wegen zu geringer Schülerzahlen, so die Argumente für die Schulstandortschließung. Und Schulträger ist der Landkreis. Deshalb auch die Entscheidung im Kreistag.

Diese Argumente reichen uns für einen so weit reichenden Schritt nicht. Das Wohl der Kinder ist selbstverständlich und sollte in jeder Schule und an jedem Schulstandort ganz oben stehen.

Schulstandortschließungen verändern die betroffenen Gemeinden. Beteiligt werden bei geplanten Schließungen die jeweils von der Schließung betroffenen Eltern. Mit der drohenden Schließung wird den Eltern gleichzeitig frühzeitig ein Wechsel zu einer anderen Schule „schmackhaft“ gemacht. Dadurch sinken die Schülerzahlen noch einmal. Alternativen, wie z.B. rechtzeitige Umstrukturierung der Zuordnung von Gemeinden/Ortsteilen wird nicht als Alternative angesehen.

Wir meinen, es geht bei der Schulstandortschließung nicht nur um die Schule, sondern auch um die Zukunftsperspektive des Ortes. Und da müssen alle Einwohner des betroffenen Ortes mitreden dürfen und in die Entscheidungsprozesse mit eingebunden werden!